

Sigrid Hupach

- (A) weil wir ihn für zu oberflächlich und nicht zielführend halten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die SPD-Fraktion hat der Kollege Burkhard Blienert das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Burkhard Blienert (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema „Kulturpolitik im ländlichen Raum unter demografischen Gesichtspunkten“ braucht eine Herleitung, eine Ableitung, sonst kann man den Kontext aus meiner Sicht nicht richtig einordnen.

Wir wissen – das sind fast Banalitäten –: Gesellschaften müssen sich permanent verändern. Stillstand bedeutet letztendlich Rückschritt. Status quo bedeutet Innovationsträgheit. Gesellschaften verändern sich von alleine. Die zurzeit größten Kräfte gesellschaftlicher Veränderung sind die Auswirkungen des demografischen Wandels, der Digitalisierung und die Folgen einer immer stärker zusammenwachsenden Weltgemeinschaft im Zeichen der Globalisierung. All das erleben wir aktuell in all seinen Facetten.

- (B) Politik muss diese Transformationsprozesse genau benennen und diskutieren, um gesellschaftliche Widersprüche und Zielkonflikte deutlich zu machen und nach Lösungen zu suchen. Einen großen Anteil daran haben eben Kunst, Kreativität und Kultur, haben die kulturellen Akteure und haben die Orte kulturellen Lebens, insbesondere im ländlichen Raum.

In diesem Antrag konzentrieren wir uns auf den demografischen Aspekt und auf den ländlichen Raum. Der demografische Wandel ist, gesellschaftlich gesehen, eine Querschnittsaufgabe, bei der die verschiedensten Themenfelder zusammenkommen und womit auch nahezu alle Ausschüsse hier im Deutschen Bundestag befasst sind. Ich finde, es ist uns gut gelungen, diesen Entwicklungsprozess aus kulturpolitischer Sicht zu beleuchten. Der Antrag bietet daher eine gute Ausgangsbasis für die Debatte.

Aus meiner Sicht werden die notwendigen Spannungsverhältnisse infolge des demografischen Wandels beschrieben, die sich auf das kulturelle Leben auswirken, Spannungsverhältnisse, die im Rahmen der Kulturpolitik austariert werden müssen.

Dabei will ich nun noch einige Aspekte aus diesen Blickwinkeln hervorheben. Zum einen geht es um das Spannungsverhältnis zwischen Ehrenamt und staatlichen Aufgaben. Ehrenamtliches Engagement spielt bei der Frage, wie wir den zukünftigen demografischen Herausforderungen im ländlichen Raum begegnen wollen, eine zentrale Rolle. Ehrenamt kann und soll staatliche Strukturen aber nicht ersetzen. Wenn ich unterwegs bin, werde ich vielfach von den kulturell engagierten Men-

schon angesprochen, die sich oftmals auch alleingelassen fühlen (C) fehlt, gerade wenn es darum geht, bürokratische Hürden zu überwinden. Für viele ist das Anlass, ihr Engagement zurückzufahren, und viele hält es davon ab, sich überhaupt einzusetzen. Damit bleibt ein großes Potenzial insbesondere auch im ländlichen Raum ungenutzt.

So gilt es nun, die richtige Balance zwischen ehrenamtlichen Aufgaben zu finden und dabei Ungleichgewichte zu vermeiden. Wir dürfen nicht darin nachlassen, die Rahmenbedingungen für ehrenamtliches Engagement weiter zu verbessern. Neben der Vereinfachung des Antragsverfahrens müssen wir den ehrenamtlichen auch Hauptamtliche an die Seite stellen, die sie mit Beratung und Professionalisierung unterstützen können. Das ist einer der zentralen Punkte in dem Antrag.

Ein zweites Spannungsverhältnis, das im Antrag dargestellt wird, bezieht sich auf die unterschiedlichen räumlichen

unterschieden, dass alle Regionen als attraktive Lebensräume gestärkt werden müssen. Ein lebendiges kulturelles Leben und kulturelle Teilhabe schaffen Lebensqualität und Bindung. Sie sind für die meisten Menschen wichtige Kriterien bei der Entscheidung über ihren Wohn- und Lebensmittelpunkt.

„Kultur schafft Willkommensräume“, so hat die kulturpolitische Gesellschaft es bezeichnet. Das muss Ziel unserer Kulturpolitik sein, und das ist auch Ziel unseres Antrags.

- (D) Liebe Kolleginnen und Kollegen, Schlüsselfaktor kultureller Integration ist die kulturelle Bildung. Sie öffnet den Zugang zu Kunst und Kultur und ermöglicht die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Sie bietet Gelegenheit für interkulturellen Austausch, der das eigene kulturelle Verständnis befruchten und bereichern kann. Deshalb steht fest: Wenn wir die kulturelle Vielfalt unserer Gesellschaft als Chance nutzen wollen, müssen wir die kulturelle Bildung fördern, in Zukunft noch viel konsequenter und energischer als bisher.

Noch ein drittes Spannungsverhältnis wird in unserem Antrag angesprochen. Das liegt in der Finanzierung der Kultur begründet. Der Bund fördert Kultur auf vielen Wegen. Diesen Förderaktivitäten des Bundes sind durch den Kulturföderalismus jedoch enge Grenzen gesetzt. Wir müssen dafür sorgen, dass Bund, Länder und Kommunen ihre Förderaktivitäten stärker miteinander abstimmen. Ein stärker kooperativ orientierter Kulturföderalismus könnte das kulturfördernde Engagement des Bundes in der Fläche verstärken und beim Erhalt der kulturellen Infrastruktur helfen.

Die wesentlichen Träger bleiben jedoch die Kommunen. Dort wird in Zusammenarbeit mit den Ländern das meiste Geld für die Förderung der Kultur akquiriert und ausgegeben. Deshalb ist es auch wichtig, dass wir und die Bundesregierung die Kommunen in diesem Jahr und in den kommenden Jahren entlastet haben. Das ist der richtige Weg, der fortgesetzt werden muss, damit kommunale Kulturretats Luft zum Atmen haben.

Burkhard Blienert

- (A) Der Antrag bietet Ideen und zeigt konkrete Maßnahmen auf, wie durch Konzentration auf die eigenen lokalen Stärken und durch Vernetzungen, Partnerschaften und Kooperationen Neues entstehen kann. Wissenstransfer und Vernetzung sind dabei ein wichtiger Erfolgsfaktor. Der Antrag zeigt aber auch Möglichkeiten auf, wie und wo der Bund bei der Kulturförderung mithelfen sollte, zum Beispiel bei der Entbürokratisierung von Förderinstrumenten oder bei der notwendigen Kulturpolitikforschung, die verstärkt werden muss.

Hier sind wir bei einem ganz entscheidenden Punkt, nämlich bei der Frage, wie wir den demografischen Veränderungen begegnen wollen. Es gibt zwei Möglichkeiten: Entweder erleben wir es als Krise und Bedrohung, oder wir sehen die Chancen und Potenziale, gehen die Herausforderungen an und fangen an, den Wandel aktiv zu gestalten.

Ich denke, wir sind uns einig, dass der zweite Weg auch vor dem Hintergrund der von mir beschriebenen Spannungsverhältnisse der richtige ist, sodass wir dem ländlichen Raum auch in Zeiten des demografischen Wandels eine Zukunft geben können. Ich würde mich über die Unterstützung unseres Antrags auch durch die Grünen und die Linken sehr freuen.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

- (B) Das Wort hat die Kollegin Ulle Schauws für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Ulle Schauws (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste auf den Tribünen! Die Sicherung des kulturellen Angebots im ländlichen Raum ist ein wichtiges Thema. Die Problembeschreibung im Antrag der Koalition ist grundsätzlich richtig. Kulturinstitutionen sind als Orte der Begegnung unverzichtbar und tragen entscheidend zur sozialen Teilhabe und Identifikation mit dem direkten Lebensumfeld bei.

Angesichts knapper Haushaltskassen wird aber oft bei den freiwilligen Leistungen gespart. Darunter sind leider viele kulturelle Angebote. Der Wegfall eines Bücherbusses, ein geschlossenes Programm kino oder ein weggekürztes soziokulturelles Zentrum bedeuten weniger Bildung, weniger Information und einen Verlust von gesellschaftlicher Teilhabe vor Ort. Um den Erhalt der kulturellen und sozialen Infrastruktur nicht nur im ländlichen Raum langfristig zu sichern, braucht es zunächst da - chen Kommunen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Genau das fordern wir in unserem aktuellen Antrag „Dauerhafte und strukturelle Entlastungen für Kommunen in Not“. Hier muss die Bundesregierung endlich tätig werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(C) Außerdem sind eine abgestimmte demografische Gesamtstrategie und nachhaltige Konzepte für den Erhalt der kulturellen Infrastruktur gefragt. Denn viele ländliche Räume, beispielsweise im Nordosten Brandenburgs, im Norden Sachsen-Anhalts oder in weiten Teilen Mecklenburg-Vorpommerns, stehen vor existenziellen Herausforderungen beim Erhalt der sozialen und kulturellen Infrastruktur vor Ort. Hier brauchen wir dringend Lösungen unter Einbeziehung aller politischen Ebenen; denn um beispielsweise den Zugang zu Kulturangeboten im ländlichen Raum dauerhaft zu sichern, sind gute Mobilitätsansätze notwendig.

Erst letzte Woche hat die Bundesregierung im Rahmen ihres Strategiekongresses Demografie allerdings erneut verpasst, dieses Problem endlich umfassend anzugehen. Was macht sie stattdessen? Uninspiriert und wenig engagiert verwaltet sie ihre sogenannte Demografiestrategie. Warum sonst wurde aus dem ursprünglich für den Sommer groß geplanten Demografiegipfel ein kleiner geschrumpfter Strategiekongress im Herbst?

Ich sage Ihnen: Nicht zuletzt aufgrund der aktuellen Zuwanderung von geflüchteten Menschen, von denen viele bleiben werden, muss hier dringend viel mehr passieren, und zwar im positiven Sinne; denn es ist ja keinesfalls neu, dass Einwanderung neben Alterung und dem Rückgang der Bevölkerung eine entscheidende Komponente für demografische Entwicklung ist. Bisher beschäftigt sich aber lediglich eine von zehn Arbeitsgruppen des Strategiekongresses Demografie mit Einwanderung. Das reicht nicht. Das müsste auch Ihnen klar sein.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(D)

Auch das Potenzial von Kultur bei der Bewältigung aktueller und zukünftiger demografischer Herausforderungen Bundesregierung bisher fast gar keine Rolle. Einerseits fordern Sie in Ihrem Antrag eine zukunftsweisende Kultur Sie es leider verpasst, hierzu konkrete Forderungen zu stellen. Außerdem fehlt mir ein nachhaltiges Konzept zur Stärkung der kulturellen Infrastruktur im ländlichen Raum. Eine Modellförderung hier oder ein Preis da, das sind erste wichtige Schritte. Aber langfristige Antworten sehen aus meiner Sicht anders aus. Da müssen Sie, finde ich, schon den Mut aufbringen, sich an die grundsätzlichen Fragen heranzuwagen und etwas zu ändern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zwei Aspekte möchte ich konkret ansprechen. Es wäre sinnvoll, zum einen wirklich ernsthaft über das Staatsziel Kultur zu sprechen und zum anderen die Kulturförderung des Bundes grundsätzlich zu überarbeiten und sie an die neuen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen anzupassen. Hierzu finde ich in Ihrem Antrag nichts.

Noch ein wichtiger Punkt – er wurde schon mehrfach genannt –: Die Forderung nach ehrenamtlichem Engagement ist ein sinnvolles Vorhaben; das unterstützen auch wir ganz grundsätzlich. Aber dies als wichtigsten Schritt zur Stärkung der Kultur im ländlichen Raum zu bezeichnen, wie es die Kollegin Freudenstein in ihrer Rede bei der ersten Lesung, die zu Protokoll gegeben wurde, getan